

Liebe Genossinnen und Genossen



heute gibt es das erste Editorial von eurer neugewählten Doppelspitze. Wir freuen uns sehr, dass wir den Kreisverband jetzt gemeinsam leiten dürfen. Da wir aber ja auch in den letzten 8 Jahren schon sehr eng und gut zusammengearbeitet haben, wird sich für euch dabei vermutlich gar nicht so besonders viel ändern.

Insgesamt wollen wir natürlich auch weiterhin versuchen, euch Veranstaltungen und politische Inhalte anzubieten, die euch interessieren und zum Mitmachen motivieren. Das Debattencamp wird sich zwar im kommenden Jahr sicher nicht wiederholen, dafür steht aber wieder ein Früh-

lingsempfang auf dem Plan, den wir letztes Jahr statt des traditionellen Neujahrsempfangs in Leben gerufen haben und beibehalten wollen. Weiterhin wird es ein Sommerfest geben, bei dem uns dieses Mal hoffentlich das Wetter nicht wieder so übel mitspielt. Wir planen, halbjährlich Workshops zu jeweils einem Thema anzubieten, ebenso wie „klassische“ Abendveranstaltungen zu Aktuellem und Grundsätzlichem.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Leistung muss sich lohnen, lieber Herr Merz.	2
Neuer Vorstand gewählt	5
Drei Anträge für den Kreistag: Sozialticket, Schulsozialarbeit, Kitabedarf	7
AfA tagt in Freiburg	8
Jusos unterwegs	11
Das Russlandbild der SPD	12
Heißer Herbst	15
SPD im Dialog	17
Medien-Ecke	18
Termine	21
Impressum	22

Wenn es Themen oder Referent*innen gibt, die euch besonders reizen würden, lasst es uns doch einfach wissen.

Nachdem der November voll im Zeichen der Partei stand (mit Debattenkonvent, Landesparteitag und Kreisvorsitzendenkonferenz durften wir mehr Wochenenden mit Olaf Scholz als mit unseren Familien verbringen), wird der Dezember etwas besinnlicher. Aber natürlich findet das Neumitgliederadventscafe wie jedes Jahr am ersten Advent statt und wir freuen uns schon darauf, unsere neuen Mitglieder in gemütlichen Atmosphäre kennenlernen zu dürfen.

Euch allen einen guten Start in eine friedliche und ruhige Adventszeit,

Eure

Birte & Ossi

Leistung muss sich lohnen, lieber Herr Merz.

Der Friedrichshafener Landesparteitag stand ganz im Zeichen des Kanzlerbesuchs und der Vorstandswahlen. Darüber kamen vielleicht – und vielleicht auch wie immer – die Antragsberatungen etwas zu kurz. Am Ende war dann auch noch Zeit für einen Abschied. Wir waren mit acht Delegierten vor Ort und Birte Könnecke war als Mitglied des Präsidiums bei der Sitzungsleitung dabei.



Es ist schon ein ziemlicher Aufwand, wenn der Bundeskanzler kommt und bei manchen Genoss:innen trieb der Personenkult leicht befremdliche Blüten, aber Andreas Stoch merkte halt auch sehr richtig an, dass es vor zwei Jahren wohl kaum einer für

möglich gehalten hätte, auf einem Landesparteitag den Kanzler begrüßen zu können.



In seiner durch viel Beifall immer wieder unterbrochenen Rede konzentrierte sich Olaf Scholz natürlich auf die aktuellen Krisen und die Maßnahmen der Ampel dagegen. Oft aber mit Bezug auf Baden-Württemberg und hier ist es vor allem die Enthaltung der grün-schwarzen Regierung beim Bürgergeld im Bundesrat. Genau das blockiert diese wichtige sozialpolitische Maßnahme und genau an dieser Stelle unterstützen die hiesigen Grünen die schwarze Schäbigkeit, mit der die Ärmsten gegen die Armen ausgespielt werden. In Richtung Merz erinnerte Scholz mit kämpferischen und scharfen Worten an die Enthaltung der Union beim Mindestlohn und hielt diesem seine eigenen Worte vor: „Leistung muss sich lohnen, lieber Herr Merz!“

Den Bezug zu Baden-Württemberg fand er dann beim Ausbau der erneuerbaren

Energien. Der ist gerade im grün geführten „Länd“ behäbig bis schleppend. Ähnliche Verbindungen fand auch Andreas Stoch in seiner Rede und bezog sich dabei im Besonderen auf die schleppenden Investitionen. Berlin geht da voran, das findet man in Stuttgart nicht.



Die Wahlen verliefen dann mehr als eindeutig: Andreas Stoch wurde mit über 95% wiedergewählt und Rita Schwarzelühr-Sutter darf mit gut 90% Zustimmung unser Südbaden weiter als Stellvertreterin im Landesverband vertreten. Insgesamt hat Südbaden aber bei den Beisitzerinnen und Beisitzern verloren: Mit Jonas Hoffmann

(Lörrach), Lina Seitzl (Konstanz), Viviane Sigg (Freiburg) und Derya Türk-Nachbaur (Schwarzwald-Baar) werden wir noch mit vier statt vorher sechs Leuten in diesem Gremium vertreten sein.



Die Antragsberatungen litten zwar schon etwas unter dem straffen Zeitplan, es gab aber andererseits auch große Einigkeit. Zum Leitantrag „Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg“ des Landesvorstandes gab es zwar eine Vielzahl an Änderungsanträgen, die aber alle im Einverständnis zwischen Antragskommission, Landesverband und den antragstellenden Kreisverbänden eingebaut werden konnten. Auch die Anträge zum Themenblock

Außen- und Sicherheitspolitik wurden diskutiert und verabschiedet. Unter den Initiativanträgen stach in besonderer Weise der Antrag der Jusos „Jin – Jiyān – Azādī! Sichtbare und effektive Solidarität mit den Frauen, Unterdrückten und allen Protestierenden im Iran, sowie Sanktionen gegen das iranische Mullah-Regime!“ hervor, der mit einer kleinen Anpassung einstimmig und unter großem Jubel und Beifall angenommen wurde. Die Beschlüsse werden sicher bald alle auf spd-bw.de einsehbar sein.



Am Ende standen Verabschiedungen auf dem Programm und die nahm der Vorsitzende Andreas Stoch selbst vor. Mit dabei war Birte Könnecke, die vier Jahre als Beisitzerin im Landesvorstand dabei war und nicht mehr kandidierte. Sie wird aber der Landespartei als Mitglied der Antragskommission erhalten bleiben – eine Aufgabe, die sie für die inhaltliche Arbeit in der Partei sehr schätzt.

Oswald Prucker

SCHOLZ & STOCH

Die Friedrichshafener Reden von Bundeskanzler Olaf Scholz und Landesvorsitzendem Andreas Stoch sind beide auf YouTube verfügbar:



[Rede von Olaf Scholz](#)



[Rede von Andreas Stoch](#)



Neuer Vorstand gewählt

Unser Kreisparteitag in Gottenheim stand klar im Zeichen der turnusgemäßen Vorstandswahlen, die auch einige Veränderungen brachten. Leider konnte die Vorsitzende aus familiären Gründen nicht anwesend sein. Die Versammlung wurde deshalb von der neuen Geschäftsführerin Ana Agatiev und Oswald Prucker geleitet.



Der Kreisverband wird wie in den letzten acht Jahren weiter von **Birte Könnecke** angeführt, die sich diesen Posten allerdings jetzt mit **Oswald Prucker** als Co-Vorsitzenden teilt. Daraus ergeben sich dann auch Veränderungen bei den vier regionalen Stellvertretern: **Hartmut Hitschler** (Markgräfler Land) und **Tanja Kühnel** (Hochschwarzwald) bleiben weiter dabei. Neu sind dann **Jennifer Beck** (Kaiserstuhl) und **Artur Laitenberger**, der für den Breisgau Thomas Thürling ersetzt, der nicht mehr angetreten ist.

Laura Petralito wird weiter die Kasse führen, **Darius Reutter** ist jetzt für die Pressearbeit zuständig und **Hartmut Hitschler** bleibt Schriftführer.

Daneben gab es noch regionale und thematische Beisitzer zu wählen. **Takis Mehmet Ali, Andreas Eckerle, Aaron Rau** und **Gerd Ohligschläger** vertreten die Regionen, dazu kommen **Harry Hohlfeld, Henry Kesper, Yannick König, Markus Leskopf, Patrick Röttele** und **Matthias Schmidt**.

Die Schiedskommission wird weiterhin von **Hans Sandweg** angeführt, **Wolfgang Fugmann** und **Petra Zentgraf** sind Stellvertreter und Stellvertreterin, **Helmut Schöpflin, Birgit Wiloth-Sacherer** und **Friederike Schlatterer**. Die Kasse prüfen weiterhin **Michael Jenne** und **Andreas Volckmann**.

Der neue Vorstand hat bereits mit einer Klausur seine Arbeit aufgenommen, in der die inhaltlichen Schwerpunkte für die nächsten beiden Jahre festgelegt wurden. Im nächsten Jahr gehört dazu bestimmt die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024.

Der Parteitag war darüber hinaus natürlich auch noch mit Antragsberatungen und Berichten beschäftigt. All das hat Maik Bock mit seiner Kamera eingefangen und davon gibt es im Anschluss an diesen Bericht noch einige Impressionen.

Oswald Prucker



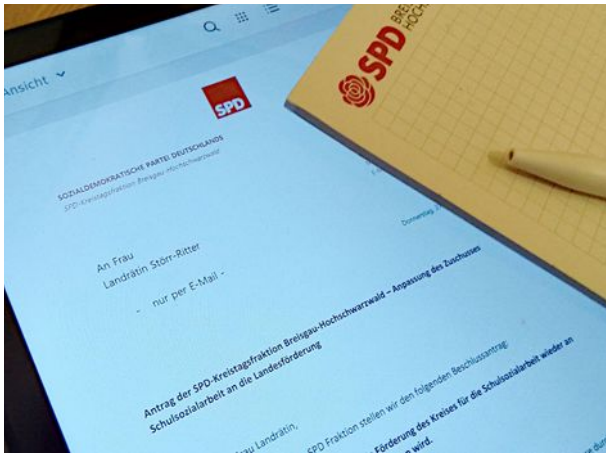


Drei Anträge für den Kreistag: Sozialticket, Schulsozialarbeit, Kitabedarf

Für die nächsten Kreistagssitzungen haben wir als SPD-Kreistagsfraktion in den vergangenen Tagen gleich drei Anträge eingebracht, die alle wichtige soziale Fragestellungen im Kreis betreffen. Einer davon ist ein alter Bekannter im neuem Gewand: Das kreisweite Sozialticket.

Das **Sozialticket** hat sich in Freiburg seit Jahren bewährt, im Kreis wird es von der konservativen Mehrheit seit Jahren blockiert. Jetzt wird neu gewürfelt, denn der ÖPNV ist sprichwörtlich in Bewegung. Ab dem nächsten Jahr führt das Land das Jugendticket zum Preis von 365 Euro im Jahr ein. Das ist für diese Altersklasse ein Sozialticket. Etwas anders sieht es beim Klimaticket für 49 Euro im Monat aus. Dieses Ticket wird auch nach Einführung des Bürgergeldes nicht vollständig durch den im Regelsatz abgebildeten Betrag für Mobilität gedeckt. Wir fordern deshalb eine entsprechende Anpassung, die wohl im Bereich von ca. 4 Euro pro Monat bleiben wird. Das klingt nach einer Banalität, aber, so wird im Antrag ausgeführt: „Für einen Bezieher von Grundsicherung oder Bürgergeld kann es den Unterschied zwischen Teilhabe und Nicht-Teilhabe bedeuten.“

Wie schon in den vergangenen Jahren stellen wir diesen Antrag wieder zusammen mit der Fraktion von Bündnis90 / Die Grünen.



Ein zweiter Antrag beschäftigt sich mit der Förderung der **Schulsozialarbeit**. Diese wurde vor 2015 von Bund und Land mit jeweils einem Drittel mitfinanziert. Dann stieg der Bund aus und der Landkreis übernahm diesen Anteil. Allerdings haben weder Land noch Landkreis ihre Förderungsumme jemals an die Gehaltsentwicklung angepasst, es waren immer 16.700€ pro Vollzeitstelle. Mittlerweile sind aber die Kosten für eine Vollzeitstelle in der Schulsozialarbeit auf das Anderthalbfache gestiegen. Das Land hat darauf so ein klitzekleines bisschen reagiert und seinen Anteil zwar nicht auf das tatsächliche Drittel von jetzt 25.000 € aufgestockt, aber immerhin auf 17.800€. Genau diese Aufstockung fordern wir in unserem Antrag nun auch vom Kreis. Die Kommunen bleiben aber weiterhin auf dem größten Brocken sitzen.

Antrag Nummer drei betrifft die **Kitabedarfsplanung** und geht zurück auf unser

Fraktionsmitglied Rolf Seifert von der Linken Liste, der uns im Jugendhilfeausschuss vertritt. Damit wollen wir erreichen, dass der Jugendhilfeausschuss ab sofort einen jährlichen Bericht „über die Situation der Kindertagesbetreuung im Landkreis und die kreisweite Bedarfsplanung“ erhält. Diese Zahlen liegen bei den Gemeinden vor und können recht einfach abgefragt werden. Hintergrund ist, dass die Gewährleistungspflicht für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung nicht bei den Gemeinden, sondern beim Landkreis als Träger der öffentlichen Jugendhilfe liegt. Es ist also absolut unabdingbar, dass der Jugendhilfeausschuss hier Kenntnis der Zahlen erlangt.

Oswald Prucker

AfA tagt in Freiburg

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD-Breisgau-Hochschwarzwald und Freiburg hatten am 15.11.22 die erste Sitzung in Präsenz seit Corona. Seit dem Bundeskongress in Bad Kreuznach heißt die AfA nun Arbeitsgemeinschaft für Arbeit.

Hartmut Hitschler, der stellv. Vorsitzende vom Breisgauer-Hochschwarzwald hatte die Sitzung angeregt, um das Thema mobiles Arbeiten näher zu betrachten.

Nach einer Vorstellungsrunde der Teilnehmer gab Hartmut einen Input zu dem Thema, was er noch untermauern konnte,

durch die Teilnahme in der Vorwoche bei der Tagung des Arbeitsgerichtsverband in Halle an der Saale.

Das Thema mobiles Arbeiten und das Mitbestimmungsrecht ist besonders aktuell, da das Bundesarbeitsgericht am 13. September entschieden hat, dass das EUGH-Urteil zur Arbeitszeit nun zwingend umgesetzt werden muss. D. h. die Arbeitgeber müssen ab sofort die Tätigkeiten der Arbeitnehmer messen und erfassen. Das gilt auch für das Mobile Arbeiten. Bisher gab es das Arbeitszeitgesetz und das Nachweisgesetz. Im Arbeitszeitgesetz war die Arbeitszeit geregelt und im Nachweisgesetz wurde der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, die Mehrarbeit zu dokumentieren, was aber in vielen Fällen nicht ordentlich geschah.

Nun müssen aber alle Tätigkeiten, in und außerhalb eines Unternehmens gemessen und erfasst werden. Damit ist es möglicherweise auch mit der „Vertrauensarbeit“ vorbei.

Der Gesetzgeber muss nun schnellstens ein neues Gesetz schaffen, oder das bestehende Arbeitszeitgesetz an das Urteil des BAG und des EUGH anpassen.

Hartmut Hitschler hat jetzt die Aufgabe einen Antrag zu formulieren, damit das Gesetz gestaltet wird, ohne die Arbeitnehmer einer permanenten Leistungs- und Verhaltenskontrolle zu unterziehen. Wenn eine Arbeitnehmervertretung vor Ort ist, ist

dieses einfacher als in einem Betrieb ohne eine solche.

Die Arbeitsgemeinschaft will nach Corona wieder mehr aktiv werden und sich mit den Themen:

- Tarifbindung
- Lieferdienste
- Arbeitszeit/Homeoffice

beschäftigen.



Im Hochschwarzwald gibt es derzeit niemand der in der AfA ist. Es stellt sich die Frage, wie wir dort mehr sichtbar werden können.

Die AfA, Arbeitsgemeinschaft für Arbeit steht allen Mitgliedern der SPD offen und wir freuen uns über jeden, der bei einem „uraltem Thema“ der SPD, Schutz und Eintritt für die Rechte der Arbeitnehmer mitmachen möchte.

30. Januar Betriebs- und Personalräte zu einem Informationsabend in das Gewerkschaftshaus in Freiburg eingeladen. Unter dem Motto: Wie sieht die Arbeitswelt von morgen aus? War das Hauptthema Leiharbeit und Fremdvergabe.

Nach der Begrüßung durch Katrin Distler, AfA Freiburg übernahmen Thomas Kan-

telhardt, IG Metall Freiburg, als Referent und Hartmut Hitschler, AfA Breisgau-Hochschwarzwald als Moderator. Thomas Kantelhardt, als Experte für das Thema Leiharbeit und Fremdvergabe, gab als Einstand einen Überblick über die Entwicklung und derzeitiger Stand zum Thema. Das Gesetz zur "Arbeitnehmerüberlassung" trat 1972 in Kraft und erfuhr seitdem immer wieder Änderungen, bzgl. der Einsatzdauer u.a.

Die eigentliche Problematik kam aber 1994, als die private gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung zugelassen wurde. 2008 verabschiedete das Europäische Parlament die EU-Richtlinie, die als wichtigste Punkte eine gleiche Entlohnung und gleiche Arbeitsbedingungen für Zeit- und Stammarbeiter eines Unternehmens garantieren sollen. Die Zahl der Leiharbeiter ist mit Ausnahme in der Zeit der Wirtschaftskrise stetig gewachsen. Inzwischen ist sie bei über 1 Million angelangt. Zum 1. April 2019 soll das Entgelt für Leiharbeitnehmer um 3,2 % erhöht werden, aber bei einem Stundenlohn von 9,79 € in der untersten Lohngruppe (einfachste Tätigkeit) und 21,71 € in der obersten (Spezialisten) ab 1. April, muss man weiterhin von prekärer Beschäftigung sprechen.

Das wirkt sich ganz massiv auf die Lebensperspektive aus:

Altersarmut durch zu niedrige Rente, Probleme bei der Wohnungssuche und Gründung einer Familie.

In der anschließenden Diskussion konnten die Anwesenden von ihren Erfahrungen aus ihren Betrieben berichten und es zeigte sich sehr schnell, dass es erhebliche Unterschiede beim Umgang mit den Leiharbeitnehmern gibt. So gibt es Betriebe, die mit dem Betriebsrat eine freiwillige Betriebsvereinbarung abgeschlossen haben und so den Leiharbeitnehmern einen Zuschlag zahlen. Das ist leider nicht die Regel.



Überhaupt ist der Stellenwert eines Leiharbeitnehmers in Deutschland viel schlechter als z. B. in der Schweiz oder Frankreich. Dort werden sie primär als "Springer" eingesetzt und erhalten sogar eine höhere Bezahlung als die Stammebelegschaft.

Die Betriebsräte in Deutschland nützen oft nicht ihre Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Einsatz, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Leiharbeitnehmer aus. Die IG Metall hat für die Betriebsräte mit einer "Toolbox" eine Erleichterung zur

Überwachung der Bezahlung der Belegschaft insgesamt geschaffen. Das Thema Leiharbeit nahm an dem Abend und in der Diskussion verständlicherweise einen so großen Raum ein, dass das Thema Fremdvergabe nicht mehr ausreichend behandelt werden konnte.

Auch aus diesem Grund bietet die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD den anwesenden Betriebs- und Personalräten, wie auch denen die an dem Tag nicht teilnehmen konnten, künftig einen weiteren Austausch über Themen der Arbeitswelt an. Mit der fortschreitenden Digitalisierung wird die Arbeitswelt sich zusätzlich massiv verändern und auch hier will die AfA für die Arbeitnehmer ein Ansprechpartner sein, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften, denn die sind ein wichtiger Begleiter der abhängig Beschäftigten und leisten u.a. Ihren Beitrag durch die Tarifverträge.

Hartmut Hitschler

Jusos unterwegs

Herbst ist Parteizeit und wir Jusos Breisgau-Hochschwarzwald sind dabei! Auf Landes- und Bundesveranstaltungen der Jusos und der SPD sind wir stark vertreten: Mit sieben Leuten bei der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos BW Anfang Oktober in Friedrichshafen, auf dem Bundeskongress der Jusos vom 28. bis 30. Oktober in Oberhausen – Heimspiel für Takis –, auf

dem Debattenkonvent der SPD Anfang November in Berlin und auf dem vergangenen Landesparteitag der SPD BW wiederum in Friedrichshafen.





Bilder: Ansgar Wörner und Felix Fuchs

Wir haben starke Anträge debattiert und mit beschlossen: Wir freuen uns insbesondere, dass unsere Anträge zu Hitzebussen und zu gendergerechter Stadtplanung (letzterer in Zusammenarbeit mit den Jusos Konstanz) mit großer Mehrheit angenommen wurden und somit Beschlusslage der Jusos auf Landesebene sind! Auch auf dem Landesparteitag haben wir Jusos entscheidende Themen besetzt und unsere Positionen zur Zeitenwende, zu Entlastungen für Bürger*innen in Zeiten von Inflation und Energiekrise und zur Unterstützung der Proteste gegen das Mullah-Regime im Iran erfolgreich durchgebracht.

Sind die Jusos der inhaltliche Motor der SPD? Wir schauen auf die Arbeit der vergangenen zwei Monate und finden: Ja!

Philippa Stolle

Das Russlandbild der SPD

Sicherheit mit oder gegen Russland?

“Wie hast du’s mit Russland?“ So lautet die Überschrift einer Analyse in der „Zeit“ vom 10. November dieses Jahres. In ihr geht der Verfasser Peter Dausend auf die Geschichte der Russlandpolitik unserer Partei seit Willy Brandt ein. Auf einer von ihm besuchten Diskussionsveranstaltung im Willy-Brandt-Haus am 19. Oktober dieses Jahres sprach unser Co-Vorsitzende, der Genosse Lars Klingbeil, von einer Zeitenwende bezüglich der Sicherheit und des Friedens in Europa. Er betonte die Bedeutung der Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Letzterer wäre ein Realist gewesen, weil er von der damaligen Geopolitischen Realität in Europa ausgegangen sei. Frieden und Sicherheit in Europa wären damals nur mit der Sowjetunion seiner Meinung möglich gewesen. Die Realität heute sei seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar eine völlig andere: Die Sicherheit Europas sei heute nur mit einer Politik der Stärke gegen Russland möglich. Diese beinhalte eine militärische Stärkung der NATO und vor allem Deutschlands.

Deutschland müsse eine Führungsrolle einnehmen.

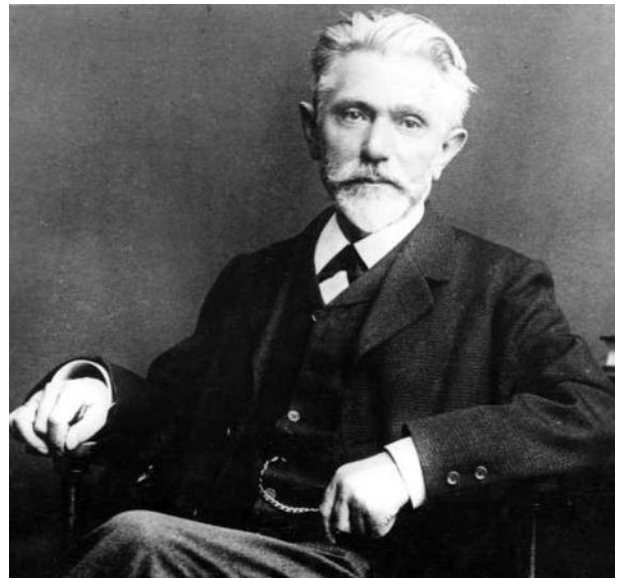


Was bedeutet diese Neuausrichtung, die auch als politische Wende bezeichnet wird, für unsere Partei? Hat sie eine Zerreißprobe zur Folge? Peter Dausend meinte schon auf dieser Veranstaltung, stark unterschiedliche Reaktionen auszumachen: So hielten die älteren Sozis nichts von einer Führungsmacht Deutschland. Sie wünschten sich mehr diplomatische Initiativen, um eine Verständigung mit Russland nicht ganz auszuschlagen. Eine andere starke Gruppe seien die Jüngeren in der SPD. Sie legten stärker moralische Kriterien bei der Beurteilung der russischen Politik an: Sie haben ein negatives Bild Russlands wegen der Verfolgung regierungskritischer Gruppen, wegen des brutalen Vorgehens der Polizei gegen Minderheiten und wegen der mangelnden Rechtsstaatlichkeit.

Auf dem Debatten-Camp unseres Kreisverbandes im Juni dieses Jahres waren sich junge und alte Sozis einig in der Verurtei-

lung des Angriffs Russlands auf die Ukraine. Allerdings verurteilten sie die alleinige Fokussierung des Bundestages und der Bundesregierung auf die Aufrüstung der Bundeswehr (100 Millionen Sondervermögen). Sie erwarteten eine Stärkung und Unterstützung der ukrainischen Gesellschaft jenseits militärischer Hilfe. Doch galt bei vielen die Losung: Die Ukraine muss siegen!

Blicke ich zurück auf das über 100 Jahre alte Bild der SPD von Russland, so erinnert es mich an ein Hologramm: Mal war es negativ, mal schien es eine positive Nation zu sein, der man Vertrauen schenken konnte.



August Bebel. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-14077-0005 / CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org

So hatte August Bebel (1840 bis 1913), einer der Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiter Partei (SDAP), das zaristische Russland 1891 als "Hort der Grausamkeit und Barbarei" und als "Feind aller menschlichen Kultur" bezeichnet.

Damit umriss er eine Position, die auch in der SPD lange Zeit populär war. Auf dem Parteitag der SPD 1907 sagte er sogar, im Falle eines Krieges gegen Russland sei er als „alter Knabe noch bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg gegen Russland zu ziehen.“ Auch in der Zeit der Weimarer Republik (1919-1933) herrschte dieses Misstrauen gegenüber dem dann bolschewistischen Russland. So stieß 1922 der Vertrag von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und Russland bei Reichspräsident Friedrich Ebert und bei der weiteren sozialdemokratischen Führung auf Ablehnung, obwohl er Vorteile für Deutschland beinhaltete.



Willy Brandt. Bild: Pelz, CC BY-SA 3.0, commons.wikimedia.org

Erst unter der Kanzlerschaft Willy Brandts und Helmut Schmidts in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte sich das Russ-

landbild der SPD mehr ins Positive: Man fasste Vertrauen zu den Russen und schloss Verträge mit der Sowjetunion. Einen gewaltigen Schub erhielt das positive Russlandbild während der Zeit Gorbatschows. Die SPD und ihre Führung sah in den 4 + 2 Verträgen sozusagen die Ernte ihrer Ostpolitik von Willy Brandt. Sie bestätigte ihre Strategie, dass Sicherheit in Europa und damit auch für Deutschland nur mit der Sowjetunion bzw. Russland möglich sei. Dies galt auch für Russland unter Wladimir Putin. Der Vertrauensbruch kam 2014, als russische Truppen die Krim, die zur Ukraine geschlagen worden war, besetzte und annektierte. Mit dem Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine im Februar dieses Jahres erfuhr das sozialdemokratische Russlandbild eine völlig negative Wendung. Heute gilt wieder: Europäische und deutsche Sicherheit ist nur möglich gegen Russland. Zumindest die Führung unserer Partei sieht in der militärischen Aufrüstung ein Mittel für die Sicherheit Deutschlands. Vor dem Ersten Weltkrieg wandte sich eine nicht geringe Menge von Sozis gegen die militärische Aufrüstung des Deutschen Kaiserreiches und propagierte Mittel wie den Massenstreik, um einen Krieg zu verhindern, auch wenn ein negatives Russland Bild vorhanden war (siehe oben).

Aber die SPD „kippte um“: Im August 1914 genehmigte die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag die notwendigen Kriegskredite. Heute geht es nicht um

Kriegskredite, sondern nur um eine gewaltige Erhöhung des Verteidigungshaushalts, jedoch erinnert mich das gegenwärtige Verhalten der SPD an das Jahr 1914. Sicherlich kann man beide Situationen nicht vergleichen, aber es war schon immer das Schicksal unserer Partei, in schwierigen Situationen den Karren aus dem Dreck zu ziehen und damit Überzeugungen und Werte über Bord zu werfen, um (vermeintliche) Gefahren für Deutschland abzuwehren. Die Folgen der politischen Wende 1914 war die Spaltung der Partei. Welche Konsequenzen wird die gegenwärtige Wende für unsere Partei haben?

Henry Kesper

Quellen: „Die Zeit“ 10.11.2022 und Wikipedia

Heißer Herbst

Wie halten wir die Gesellschaft zusammen?

Derzeit kommen wir aus dem Krisenmodus kaum noch raus. Corona, der Ukrainekrieg, der Klimawandel, die Energiekrise und als eine unmittelbare Auswirkung wieder massiv steigende Flüchtlingszahlen.

Zum Glück ist der Großteil der Menschen bereit, sich solidarisch zu zeigen, etwas Verzicht zu üben und zu versuchen, gemeinsam da durch zu kommen. Leider gibt es aber auch eine nicht unerhebliche Menge an Ich-lingen, die ihren eigenen Komfort und ihre Bequemlichkeit über jedes höhere Ziel stellen und weder bereit

sind, sich zurückzunehmen, noch verstehen, dass es das Leben im Überfluss in der Form nicht mehr geben wird.

Die Unzufriedenheit dieser Gruppe ist es, die von bestimmten Rattenfängern für ganz eigene Ziele genutzt wird. Die Melange aus Querdenkern, Wutbürgern und Nazis, die gemeinsam durch unsere Straßen marschieren, ist einfach widerlich.

Fakenews und Verschwörungstheorien werden dabei gezielt eingesetzt, um unsere Demokratie zu schwächen. Wenn die AfD behauptet, der Klimawandel würde durch die Verwirbelung der Luftschichten durch die Windräder verursacht werden, dann geschieht dies im Rahmen einer hybriden Kriegsführung. Es ist nur erschreckend, wie viele Menschen auf solchen hanebüchenden Unsinn reinfallen.



Foto: Photothek

Wie kann die Politik dagegen vorgehen? Welchen Schutzmechanismen hat unsere Demokratie? Über diese Fragestellungen habe ich mit der parlamentarischen

Staatssekretärin im Innenministerium, **Rita Schwarzelühr-Sutter** im Rahmen eines Online-Themenabends des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Baden-Württemberg diskutiert. Ein gutes dutzend Interessierter hat dabei genau nachgefragt, welche konkreten Maßnahmen denn z.B. der „vehemente Einsatz gegen Rechtsextremismus“ beinhaltet.



Foto: Anja Limbrunner

Es passiert immer wieder, dass das, was die AfD und andere mit Worten schüren, hinterher in Taten umgesetzt wird. Hier ist sehr viel Prävention und frühzeitiges Einschreiten erforderlich. Gegen Desinformation (oder schlichtweg Lügen) muss mit Fakten vorgegangen werden. Dies ist häufig sehr mühsam, da es viel einfacher und schneller geht, irgendeine Behauptung in die Welt zu setzen, als diese zu widerlegen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und wird es auch durch Herrn Musk nicht werden. Die Werkzeuge, gegen Hass und Hetze vorzugehen, werden immer weiter

ausgebaut. Auch hier muss immer wieder die Gratwanderung gelingen, auf der anderen Seite die Meinungsfreiheit nicht zu gefährden.

Derzeit wird an einem Gesetz gefeilt, um Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen zu können, eine Taskforce Desinformation soll schneller korrekte Informationen zur Verfügung stellen, Medienkompetenz in allen Altersstufen wird gestärkt und Vereinsauflösungen finden immer wieder statt, die durch den Einzug des Vermögens besonders weh tun. Das geplante Immobilienregister soll ebenfalls dazu dienen, Geldströme transparenter zu machen und gegen Geldwäsche vorzugehen.

Insbesondere die Rolle des Verfassungsschutzes im Zuge der NSU-Untersuchungen wurde sehr kritisch hinterfragt und der Wunsch geäußert, dass gerade diese Behörde Rechtsextremismus nicht nur bekämpfen können muss, sondern vor allem dies auch aus ganzem Herzen wollen sollte.

Insgesamt blieb der Eindruck, dass unser Innenministerium sich der Gefahren sehr bewusst ist und an vielen Stellschrauben dreht, um dem entgegen zu wirken. Wie immer steht die Demokratie mit ihrem Freiheitsgedanken einer sehr effektiven Bekämpfung selbst im Wege, aber es macht ja auch keinen Sinn, sie zu schützen, indem man sie abschafft. Es bleibt ein Drahtseilakt, den wir alle täglich

unterstützen können, indem wir uns solidarisch mit Schwächeren zeigen, den Mund aufmachen und Falschmeldungen entlarven oder extremistischem Gedankengut entgegentreten.

Birte Könnecke

SPD im Dialog

Rote Veranstaltungswoche im Hexental

Der Ortsverein der SPD Hexental hat den Bürgerinnen und Bürgern zwei Veranstaltungen angeboten, die sehr gut angenommen wurden.



Am 8. November hielt **Prof. Dr. Andreas Christen**, Umweltmeteorologe an der Universität Freiburg auf Einladung des Ortsvereins einen Vortrag zum Thema „Klimawandel in unserer Region“ im FORUM Merzhausen. Darius Reuter, Co-Vorsitzender der SPD Hexental konnte über 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger jeden Alters in dem gut gefüllten Saal begrüßen.

Prof. Christen stellte zunächst seine Forschungsmethodik vor und ging dabei auf die Messungen von CO₂ ein, die in Kontinentaleuropa 1972 erstmals auf dem Gipfel des Schauinslands begonnen haben. Anhand seiner präzisen Messungen konnte er den Anstieg der mittleren Lufttemperaturen für die einzelnen Gemeinden in der Region errechnen. Diese variieren deutlich, je nachdem ob es gelingen wird, unser Verhalten rasch zu ändern. Sollten wir so weitermachen wie bisher, werden die Auswirkungen bereits in den kommenden Jahren deutlich an Fahrt aufnehmen. Besonders interessant war die Erkenntnis, dass die immer wieder genannte Temperatursteigerung von 1,5 Grad nur ein weltweiter Mittelwert wäre. Da sich die Luft über den Meeren deutlich langsamer erwärmt, würde dies über Landmassen bereits erheblich höhere Steigerungen bedeuten. Dies wird hier in der Region zu einem massiven Anstieg der Tage mit Temperaturen über 30 Grad, der tropischen Nächte ohne Abkühlung unter 20 Grad und der Trockenperioden im Sommer führen. Laut Prof. Christen werden wir zweigleisig fahren und beide Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung stark ausweiten müssen. In der anschließenden Diskussions- und Fragerunde ging es vor allem um die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, wie etwa Dachbegrünungen auf kommunalen Einrichtungen, aber auch generelle Themen, wie Ernährung und Tourismus, wurden diskutiert. Birte

Könnecke, die zweite Hälfte der Ortsvereins-Doppelspitze, moderierte die lebhaft, aber immer sachliche und respektvolle Diskussion. Zum Schluss brachte sie ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass bei den Midterm-Wahlen in den USA nicht die Klimaleugner Oberwasser bekommen, da der Klimawandel nur global aufzuhalten sein wird, auch wenn jeder regional dazu beitragen kann und muss.



Nur ein paar Tage später, am 12. November, kam der Bundestagsabgeordnete Takis Mehmet Ali, um im Rahmen eines Marktgesprächs den Bürgerinnen und Bürgern von Merzhausen Rede und Antwort zu stehen. Trotz der bitteren Kälte kamen viele, um Takis Fragen zu bundespolitischen Themen zu stellen aber auch um sich im Allgemeinen über seine intensive Tätigkeit in Berlin zu informieren. Top-Thema an diesem Vormittag war das Bürgergeld, aber auch Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel wie Wassermangel in höher

gelegenen Gemeinden und die Herausforderungen für den Weinbau wurden angesprochen.



Besonders erfreulich war das häufig zu hörende Lob über die Arbeit der SPD auf Bundesebene. Ob jedoch auch der Verkäufer des Nachbarstandes, der sich gleich beim Aufbau unseres Standes als bekennender Anhänger der Schwarzen äußerte, von den Werten und Ideen der SPD überzeugt werden konnte, bleibt bis zum nächsten Marktgespräch abzuwarten.

Birte Könnecke und Darius Reutter

Medien-Ecke

WARNUNG – gefährliche Thumbnails (Vorschaubilder)

Eine nicht neue, jedoch zurzeit wieder verstärkt genutzte Online-Angriffsform macht sich breit. Hierbei sollen gezielt „Gegner“ diskreditiert werden.

Im Moment wird dies vermehrt bei Ukraine-Unterstützern beobachtet. Aber auch Faktenprüfer, Presse und Politiker / Parteien sind Angriffsziele.

Das Gefährliche bei diesen Angriffen ist, dass man ohne eigenes Zutun sich plötzlich im strafrechtlichen Bereich von § 184b (Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte) befindet.

Woher diese Angriffe kommen, darüber mögen alle für sich selbst spekulieren. Von Einzelpersonen, über nationale Bots, bis hin zu illegalen Kreisen ist wohl alles dabei. Ich möchte euch hier für diese Vorgehensweise sensibilisieren und versuche dies so einfach wie möglich zu erklären.

Stellt euch vor:

Ich habe einen (FAKE-) Telegramkanal. Dort erstelle ich einen Beitrag. Ein niedliches Katzenbild – Überschrift „Vermittlung von Katzenbabys“ – da drunter Text mit der Beschreibung der Kätzchen usw. – da drunter ein Link zum Tierheim XY. So weit so gut.

Jetzt teile ich meinen Katzenbeitrag auf Facebook oder Twitter (oder wo auch immer). Dies tue ich, indem ich den Link zu meinem Telegram-Beitrag kopiere und dann auf Facebook einfüge. Und dies tue ich als Kommentar gezielt unter einem Beitrag auf deinem Profil oder deiner Seite oder in deiner Gruppe. Bis hier hin noch immer nichts Auffälliges oder Strafbares. Ich habe deinen Beitrag kommentiert und was die anderen User*innen sehen, ist das Vorschaubild von den niedlichen Kätzchen und die Überschrift mit dem Text drunter. Dieser harmlose Kommentar ist jetzt in deinem Beitrag auf deinem Profil oder

deiner Seite oder deiner Gruppe und du lässt ihn da stehen ... ist ja harmlos.



Ich will dir schaden! **Jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Angriff.** Nachdem ich meinen Telegram-Link zu meinem Katzenbeitrag bei dir platziert habe, warte ich noch ein paar wenige Tage ab. Danach gehe ich auf meinen Telegram-Kanal zum Katzenbeitrag und ändere diesen ab (bei Telegram ist das nämlich vollumfänglich möglich): Ich tausche das Vorschaubild gegen ein kinderpornografisches Bild ein. Ich ändere meine Überschrift von „Vermittlung von Katzenbabys“ in „Vermittlung von XY-Bildmaterial“. Ich ändere den Link zur Tierheimseite und den Link zu einer XY-Seite ab.

Wenn ich das auf meinem Telegram-Kanal mit meinem Katzenbeitrag gemacht habe, passiert Folgendes in DEINEM Facebook-Beitrag (auf deinem Profil, deiner Seite oder deiner Gruppe): Der Inhalt und die Ansicht meines Kommentars unter deinem Beitrag verändern sich auch. Deine Freunde,

Follower, Fans oder Gruppenmitglieder sehen jetzt den pornografischen Inhalt.

JETZT zeige ich dich an. Direkt nach meiner Änderung meines Telegram-Beitrags mache ich einen Screenshot von meinem Kommentar unter deinem Beitrag, auf dem der jetzt geänderte sichtbare pornografische Inhalt zu sehen ist. Solltest du den Kommentar doch noch gelöscht haben, nachdem du gemerkt hast, was da plötzlich in deinen Kommentarspalten steht, habe ich mit dem Screenshot dennoch einen Nachweis. **Du hast dich strafbar gemacht:** „§ 184b Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Inhalte (1) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer 1. einen kinderpornographischen Inhalt verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich macht ...“. Es spielt hier keine Rolle, dass dieser Beitrag nicht dein Kommentar ist. Er steht (oder stand) bei dir als Kommentar unter deinem Beitrag und du hast somit besagte Inhalte „der Öffentlichkeit zugänglich gemacht“.

Eine sehr perfide, widerliche und hinterhältige Art, Gegnern zu schaden!

Wie schütze ich mich jetzt vor diesen Angriffen?

Niemand von uns geht seine alten Beiträge auf Social Media durch und kontrolliert die Kommentare da drunter, um zu schauen, ob sich da irgendwann etwas im Kommentar geändert hat. Das ist nahezu unmöglich. Wie oft will man das auch

kontrollieren? Wöchentlich? Täglich? Stündlich? Wie weit will man bei der Kontrolle zurückgehen? Beiträger der letzten Woche oder des letzten Monats oder noch weiter?

Im Moment gibt es nur eine Möglichkeit, sich vor diesen Angriffen zu schützen: Ihr müsst Telegram-Inhalte komplett für eure Gruppen, eure Seiten oder euer Profile sperren – und zwar mittels „Keyword-Einstellungen“ – also Schlüsselwörter, die bei euch gesperrt sein sollen.

Als Gruppen-Admin geht ihr in die Gruppeneinstellungen – dann auf Admin Assist – eingehenden Beitrag ablehnen, wenn ... - Eigene erstellen – der Beitrag enthält bestimmte Keywords – und hier dann ***t.me/** eingeben und mit „zu Admin Assist hinzufügen“ bestätigen.

Als Seiten-Admin altes Seitenlayout: Einstellungen – Allgemein – Content Moderation - ***t.me/** einfügen – speichern.

Als Seiten-Admin neues Seitenlayout: Neues Seitenprofil aufrufen – Einstellungen und Datenschutz – Einstellungen – Privatsphäre – öffentliche Beiträge – Content Moderation – Verbirg auf deiner Seite Kommentare, die bestimmte Wörter enthalten - ***t.me/** eintragen – auf das PLUS-Zeichen klicken – speichern.

Als privates Profil-Besitzer: Einstellungen – Privatsphäre – Profil und Markierungen – Profil – Verbirg in deinem Profil Kommentare, die bestimmte Wörter

enthalten - ***t.me/** - auf das PLUS-Zeichen klicken – speichern.

Über Kurz oder Lang sollten Plattformbetreiber Werkzeuge haben, die von vornherein veränderte Vorschaubilder, Links usw. blockieren. Dies ist aber noch nicht der Fall. Man arbeitet wohl schon länger daran. Was tun, wenn ein solcher veränderter Kommentar doch unter einem eurer Beiträge auftaucht? AUF KEINEN FALL weiterleiten! Die Rechtslage geht rigoros gegen die „Verbreitung“ von kinderpornografischen Inhalten vor und selbst die Weiterleitung an Netzorg befindet sich noch in einer Grauzone. Nehmt euer Handy, geht zur Polizei, zeigt denen den Inhalt und erstattet selbst Anzeige.



Im Übrigen werden mit dieser Vorgehensweise nicht nur kinderpornografische Inhalte verbreitet, um Gegner zu diskreditieren. Diese Vorgehensweise wird auch gern genutzt, um Nazi-Inhalte, Nazi-Seiten und Nazi-Symbole zu verbreiten. So oder so ... seid bitte wachsam. Nicht, dass man sich

versehentlich noch zum Steigbügelhalter der Rechten macht.

Ich weiß – das ist ein sehr schwieriges Thema, hoffe aber, ich konnte es euch einigermaßen verständlich machen. Wie immer dürft ihr euch gerne bei mir melden, wenn ihr Rückfragen habt. Und auch sonst könnt ihr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zu unseren Online-Kreisstammtischen!



Das sind die nächsten Termine:

- **Montag, 12. Dezember.**
- **Dienstag, 10. Januar**

Wir beginnen immer um **19:00 Uhr**. Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm. Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387.

Mit dem Mobiltelefon oder Tablet geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

Regio-Stammtisch Hochschwarzwald

Der nächste Regio-Stammtisch im Hochschwarzwald ist am 28.12.2022, ab 19:30 Uhr im Jägerhaus Titisee-Neustadt

Jeden 4. Mittwoch im Monat treffen wir uns zum offenen Stammtisch. Wir reden über dies und das und manchmal auch über jenes. Natürlich musst du kein SPD-Mitglied sein. Bei uns ist jeder und jede willkommen. Komm doch einfach mal vorbei - und wenn du magst, bring jemanden mit. Wir freuen uns auf dich.

Regio-Stammtisch Breisgau

Die SPD Breisgau lädt zum Stammtisch am Dienstag, 13. Dezember 2022, ab 20 Uhr in die Pizzeria "Bella Vita" in Ehrenkirchen, Unterdorfstraße 44 ein.

Quo vadis Landarzt?

Podiumsdiskussion zur Sicherung der medizinischer Versorgung am 7. Dezember, ab 19.00 Uhr, Fürstenbergsaal, Peter-Thum-Str. 16, Friedenweiler.

Der Ortsverein Hochschwarzwald diskutiert mit MdL Florian Wahl, Vorsitzender im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration im Landtag, sowie Vertretern des Hausärzterverbands und der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg.



Quo vadis Landarzt?

PODIUMSDISKUSSIONEN

SICHERUNG MEDIZINISCHER VERSORGUNG

Am 07. Dezember 2022 um 19.00 Uhr

Fürstenbergsaal Friedenweiler

Peter-Thump-Str. 16, 79877 Friedenweiler

Mit MdL Florian Wahl, Vorsitzender im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Integration im Landtag BW und Vertretern der Haus-, sowie Kassenärztlichen Vereinigung BW

www.SPD-HOCHSCHWARZWALD.de



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion:
Oswald Prucker, Tanja Kühnel
und Birte Könnecke

